A 1 Universitätsbibliothek

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.— RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Kaufmann Hugo Mögling (vorm. Ww. Meitz), Markt 34/35
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 127 — Sonnabend, den 22. Oktober 1932 — 45. Jahrgang

Ergänzung sozialer Leistungen

Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung für den Winter.

Berlin, 20. Oktober.

Die Verordnung zur Ergänzung von sozialen Leistungen bringt an erster Stelle eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung für den bevorstehenden Winter.

Arbeitslose, die in der Zeit vom 31. Oktober 1932 bis zum 1. April 1933 versicherungsmäßige Unterstützung oder Krisenunterstützung nach den Lohnklassen 1 bis 4 mit mindestens einem Familienzuschlag beziehen, erhalten zu der Unterstützung eine wöchentliche Zulage.

Die Zulage beträgt, und zwar ohne Unterscheidung nach Lohn- und Ortsklassen, für je sechs Unterstützungstage der Arbeitslosen mit einem oder zwei zuschlagsberechtigten Angehörigen zwei Reichsmark; sie erhöht sich bei drei oder vier Angehörigen auf vier Reichsmark.

Arbeitslosen, die einer höheren Lohnklasse als 4 angehören, erhalten die Zulage, wenn ihr bisheriger Unterstützungssatz den Satz der Klasse 6 einschließlich der Zulage nicht erreicht; als Zulage wird in diesem Falle der Unterschiedsbetrag gewährt. Besonders wichtig ist, daß die Zulage bei der Prüfung der Hilfsbedürftigkeit für die versicherungsmäßige Unterstützung und Krisenunterstützung außer Betracht bleibt.

Die neue Verordnung beseitigt ferner Schwierigkeiten und Härten, die sich aus der Ortsklasseneinteilung der Notverordnung vom 14. Juni ergaben. Künftig werden alle Orte, die mehr als 50 000 Einwohner haben, der sogenannten Sonderklasse oder der Ortsklasse A zugerechnet. Ferner: Bisher waren für die Arbeitslosenunterstützung die Orte der Klasse B in zwei Gruppen geteilt, je nachdem sie mehr als 10 000 Einwohner oder weniger haben. Jetzt fällt diese Teilung fort; in allen Orten der Klasse B beträgt die Unterstützung künftig so viel, wie sie bisher nur in den Orten mit mehr als 10 000 Einwohnern betrug.

Durch die neuen Maßnahmen der Reichsregierung fließen den Arbeitslosen jetzt monatlich zehn Millionen Reichsmark mehr als bisher zu.

In der Krankenversicherung

hat die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 sämtliche Mehrleistungen beseitigt. Die Wiedergewährung war nur zulässig, wenn der höchste Beitrag bestimmte Grenzen (im allgemeinen 5 v. H. des Grundlohnes) nicht übersteigt.

Die neue Verordnung läßt in beschränktem Umfang Mehrleistungen zugunsten der Angehörigen der Versicherten auch bei Ueberschreiten des Höchstsatzes wieder zu.

Es soll gestattet sein, Krankenhauspflege für Familienangehörige oder einen Zuschuß an Stelle der Krankenhauspflege zu gewähren, ferner das Hausgeld zu erhöhen, das bei Aufnahme eines Versicherten in das Krankenhaus für seine Familie zu zahlen ist. Die Notverordnung vom 14. Juni 1932 mindert

alle Unfallrenten,

auch die Renten für Unfälle der Gegenwart und Zukunft. Die neue Verordnung der Reichsregierung schreibt vor, daß die Renten für Unfälle, die sich nach dem 31. Dezember 1931 ereignen, nicht mehr gekürzt werden. Die Renten richten sich bei diesen Unfällen wieder lediglich nach dem Jahresarbeitsverdienst.

Ferner sieht die neue Verordnung Milderungen hinsichtlich der Kriegsopferrenten vor.

Nach der Notverordnung vom 8. Dez. 1931 bleiben von den auf die Sozialrenten anzurechnenden Versorgungsbezügen 25 Mark im Monat von der Anrechnung frei, soweit es sich um Renten handelt, die vor dem 1. Januar 1932 festgestellt sind.

Schon die Notverordnung vom 14. Juni 1932 hatte in Aussicht genommen, daß in der Rentenversicherung für die Selbstverwaltung die Möglichkeit geschaffen werden sollte, die gesetzlichen Regelleistungen durch Mehrleistungen zu ergänzen. Zur Ausführung dieser Vorschriften tritt eine neue Verordnung die nötigen Bestimmungen.

Danach wird die widerrufliche Gewährung von Mehrleistungen durch die Selbstverwaltung allgemein zugelassen. Ueber die Mehrleistungen bestimmt die Satzung. Sie bedarf aber der Zustimmung der Aufsichtsbehörde. Es wird auf Grund der neuen Vorschriften namentlich der Angestelltenversicherung die Erfüllung ihres Wunsches ermöglicht, die Gewährung von Waisenrenten und Kinderzuschüssen über das 15. Lebensjahr hinaus fortzusetzen. Die Einführung von Mehrleistungen ist unzulässig, wenn sie die Deckung der Regelleistungen gefährdet. Die Invalidenversicherung wird daher leider an die Einführung von Mehrleistungen zur Zeit noch nicht denken können. Auch hier kann sich aber die Lage ändern, wenn die finanziellen Unterlagen der Invalidenversicherung in Ordnung gebracht sind.

Luther-Rede in Hamburg

Ruhe und Rechtssicherheit Voraussetzungen des Wiederaufbaues. — Ablehnung einer allgemeinen Autarkie.

— Hamburg, 21. Oktober.

Reichsbankpräsident Dr. Luther hielt im Ueberseeklub Hamburg eine Rede über aktuelle Wirtschaftsprobleme. Er ging in seiner Ansprache von dem Wirtschaftsprogramm der Regierung aus und erklärte, was vor einem halben Jahr und auch vor Lausanne ein schwerer Fehler gewesen wäre, sei heute Gebot der Stunde. Es komme jetzt nicht darauf an, Neues zu erfinden, sondern alle Tatkraft darauf zu verwenden, daß nun auch schnellstens ausgeführt werde, wozu durch Beschlüsse der Reichsregierung und Reichsbank die Grundlagen geschaffen seien.

Außer der Festigkeit in der Durchführung des beschlossenen Programms brauche das Wirtschaftsleben zu seiner Erholung Ruhe und abermals Ruhe; dazu gehöre aber, daß auch das Gefühl gewährter Rechtssicherheit wieder anwachse. In diesem Zusammenhange ging der Redner auf die Frage der Zinssenkung ein und betonte, daß der niedrige Zins, der zur Festigung der deutschen Wirtschaft nötig sei, in dieser Richtung nur wirksam würde, wenn die Zinssenkung auf dem natürlichen Wege steigender Geldangebote im Geld- und Kapitalmarkt komme. Zur Wiedererzeugung von Vertrauen müßten aber auch alle Kräfte darauf gerichtet werden, die natürlichen Gesetze des Wirtschaftslebens wieder zu reiner Geltung zu bringen.

Reichsbank ist unabhängig.

Dr. Luther wandte sich weiter gegen die Behauptung, daß die Reichsbank unter ausländischem Einfluß stehe und ein Instrument der Nationalwirtschaft sei. „Wie das ganze deutsche Volk wissen sollte," so erklärte er dazu, „gibt es keinen ausländischen Einfluß in der Reichsbank seit dem Frühjahr 1930 nicht mehr. Die für die Regierung bestehende internationale Verpflichtung, die wesentlichsten Vorschriften des Bankgesetzes nicht abzuändern, wird mit der Ratifikation des Lausanner Abkommens fortfallen. Indem ich dies erwähne, unterlasse ich nicht, auszusprechen, daß nach meiner Ueberzeugung, je schwerer und ernster die Zeiten, um so notwendiger die Unabhängigkeit der Notenbank ist. Das ist eine Frage des Grundsätzlichen, da niemand weiß, welche Gefahren zu irgendeinem Zeitpunkt der Notenbank und damit der Währung von einer kommenden Regierung oder einem Reichstage drohen können."

Exportrückgang bedeutet Arbeitslosigkeit.

Der Gedanke einer allgemeinen und möglichst lückenlosen Autarkie sei, fuhr Dr. Luther fort, heute so gut wie aufgegeben. Als man sich des Begriffes „Autarkie" zu bedienen begann, habe man an etwas anderes als an die für Deutschland selbstverständliche Pflege des Binnenmarktes gedacht. Die Reichsbank habe sich der Pflege des landwirtschaftlichen Kredites in besonders starkem Maße angenommen. Zu den Kontingentierungsfragen übergehend sagte Dr. Luther, daß die Gesamtlage, in der die jetzigen Erörterungen dieser Materie entstanden seien, nicht etwa durch Deutschland, sondern durch die handelspolitischen Maßnahmen des Auslandes hervorgerufen worden sei. Die deutschen industriellen Anlagen seien größtenteils auf die Produktion von Ausfuhrartikeln eingerichtet, die der Binnenmarkt nicht oder keinesfalls in der gleichen Menge gebrauchen könne. Eine Umstellung der Industrie auf die Bedürfnisse des Binnenmarktes würde infolgedessen eine Krise hervorrufen, nach der Deutschland jetzt kein Verlangen haben sollte. Für die praktisch übersehbare Zukunft müsse damit gerechnet werden, daß weiteres Absinken der Ausfuhr neue Erwerbslosigkeit und neue Entwertung deutschen Volksvermögens bedeute. Der Markt für ausländische und für inländische Erzeugnisse hänge so innig zusammen, daß man nicht einen Teil zerstören könne, ohne den anderen mitzuzerstören.

Der Redner ging dann auf die Frage eines staatlich geleiteten Außenhandelsmonopols ein. Der Export von Rohstoffländern könne wohl durch ein derartiges Institut bewältigt werden, aber nicht der Export vielgestaltiger Qualitätsware, der nur durch die vielmaschige Feinarbeit privatgeschäftlichen Lebens aufrechterhalten und vermehrt werden könne. Die Frage, ob es überhaupt möglich sei, von der Privatwirtschaft loszukommen, beantwortete der Redner dahingehend, daß das höchstens für eine Gesamtplanung theoretisch vorstellbar sei, wie sie das russische System unternehme.

Dr. Luther wandte sich dann gegen den Vorwurf, daß Deutschland in der Nachkriegszeit zu viel Auslandsmitteln für den Aufwand an öffentlichen Gebäuden oder dergleichen verwandt habe. Obwohl an diesem Vorwurf so manches richtig sei, wäre doch die Krise in keiner Weise geringer, wenn die entsprechenden Beträge für wirtschaftliche Anlagen verwendet worden wären, denn es sei deutlich geworden, daß auf der ganzen Welt an Produktionsmitteln eine Ueberkapazität vorhanden sei, und daß deshalb die Gefahr nicht durch eine noch stärkere Vermehrung der Produktivkräfte Deutschlands hätte gebannt werden können.

Von Stillhaltekommen und Devisenordnungen möchte Deutschland, betonte Dr. Luther, so bald als möglich freikommen. Der Wunsch nach Konsolidierung der kurzfristigen Kredite sei von deutscher Seite stets ausgesprochen worden. Ein Wiederaufbau der Weltwirtschaft sei schwerlich denkbar, wenn sich nicht im Laufe der fortschreitenden Beruhigung der Geldmärkte Möglichkeiten eröffneten, um die so hohen Lasten, die auf die schuldnerischen Volkswirtschaften drücken, zu ermäßigen. Neben der Erleichterung des freien Warenverkehrs liege hier die größte Aufgabe für die Weltwirtschaftskonferenz.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen ging der Reichsbankpräsident auf die Anhäufungen von Gold und auf die eingefrorenen Forderungen in wenigen aber bedeutungsvollen Gläubigerländern ein. Dieses „Kernproblem der Weltwirtschaft" könne nur durch befreiten Welthandel gelöst werden, der allein imstande sei, eine der inneren wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Länder entsprechende Streuung des Goldes über die Erde wieder herbeizuführen.

Schließlich ging Dr. Luther noch des näheren auf Probleme der Kreditwirtschaft ein. Er betonte unter anderem, daß es keinen anderen objektiven Maßstab für die Kreditzuteilung im großen gebe, als die privatgeschäftliche Prüfung der Rentabilität. Wohl aber sei es Aufgabe des Reiches und der Reichsbank, dafür zu sorgen, daß unter Beachtung aller Sicherheitsansprüche der Einleger die Bankenarbeit nicht in übertriebener Liquiditätsängstlichkeit verharre, sondern innerhalb des großen Aufbauprogramms der Reichsregierung positiv mitschwinge.

Krisenfestigkeit durch Reichsreform.

Zum Schluß seines Vortrages kam der Redner auf die Frage der Reichsreform kurz zu sprechen. Reichsreform so erklärte er, bedeute, daß die Selbstverwaltung des Volkes einen Staatsaufbau vorfinde, der nicht nur die freie Entfaltungsmöglichkeit, sondern auch staatspolitische Hemmungen für ein Uebermaß der Parteibestrebungen vorsehe. Wenn ein innerlich erstarktes Reich die Zwiespältigkeit mit Preußen überwunden habe, dann werde gerade auf dieser Grundlage am besten das freie Eigenleben der Länder sich neu entfalten. „So wird", schloß Dr. Luther, „die durchgeführte Reichsreform Deutschland nicht nur krisenfester machen, sondern auch dazu mithelfen, daß das deutsche Volk in seine Gesamtheit Brot und Freiheit hat."

Klepper-Ausschuß

Die Angelegenheit der „Kölnischen Volkszeitung".

Berlin, 20. Oktober.

Im Klepper-Ausschuß wurde zunächst aus Zeuge in der Angelegenheit der „Kölnischen Volkszeitung" Generalkonsul Naus, der Verlagsdirektor der „Kölnischen Volkszeitung" und ehemalige Geschäftsführer der früheren Görres-Haus G. m. b. H., vernommen.

Kanzler-Aussage im Ausschuß

Nach weiterem Verlauf der Erörterungen vernahm der Klepper-Ausschuß noch den Reichskanzler von Papen. Auf die Frage, ob ihm bekannt gewesen sei, daß im Jahre 1930 Aktien der „Germania" aufgekauft wurden, um zu verhindern, daß er die Mehrheit erlange, sagte der Kanzler, er habe wohl von derartigen Gerüchten gehört, Gewißheit doch nicht erlangen können. Erst bei der Nachprüfung in der Preußenkasse sei dann festgestellt worden, daß Mittel für den Ankauf von „Germania"-Aktien verwendet worden seien. Das fragliche Paket sei früher im Besitz Dr. Spiekers gewesen.

Auf die Frage eines kommunistischen Abgeordneten, ob auch die neue Reichsregierung die Praxis der Beteiligung des Staates an Zeitungen fortsetze, erwiderte der Kanzler:

Außer den im Reichshaushalt ausdrücklich für solche Zwecke zur Verfügung stehenden Mitteln sind seitens der Reichsregierung, seitdem ich an der Spitze der Reichsregierung stehe, für Zwecke der Presseeinflussung in irgendeiner Form keinerlei Mittel aufgewandt worden. Was die angebliche Unterstützung oder Beteiligung des Reichswehrministeriums an der „Täglichen Rundschau" betrifft, so ist mir das nur aus der Presse bekannt, und ich bezweifle, daß irgendwelche Mittel des Reichswehrministeriums hier verwandt worden sind.

Nach dieser Erklärung teilte der Reichskanzler dann noch mit, nach seiner Kenntnis gebe es zwei Fonds, aus denen Mittel an Zeitungen gegeben werden könnten, nämlich den Dispositionsfonds des Kanzlers, der gegenwärtig 150 000 RM. betrage, und den Fonds der Presseabteilung mit 50 000 RM.

Der Staatssekretär der Reichskanzlei, Dr. Planck, bestätigte diese Angaben des Reichskanzlers und fügte hinzu, solange das neue Kabinett im Amt sei, seien seines Wissens keine staatlichen Mittel zur Unterstützung oder Beeinflussung von Zeitungen gegeben worden. Es sei das auch nicht beabsichtigt.

Berlin, 21. Oktober.

In den Verhandlungen des Klepper-Ausschusses wurde als erster Zeuge der gegenwärtige Präsident der Preußenkasse, Dr. Helfferich, gehört. Er sagte auf Fragen des Vorsitzenden Dr. Zubke (Dnat.) aus, daß man während seiner Amtszeit von staatlicher Seite nicht an ihn herangetreten sei, um Mittel der Preußenkasse zur Finanzierung von Zeitungen zu verwenden. Auf eine weitere Frage erklärte der Zeuge, die Hergabe von Preußenkassengeldern an die „Kölnische Volkszeitung" habe nicht im Rahmen der gesetzlichen Befugnisse gelegen. Persönlich sei er auch der Ansicht, daß die Preußenkasse nicht verpflichtet sei, Anweisungen der Staatsregierung Folge zu leisten. Nach den gezahlten Gehältern befragt, erklärte der Zeuge, Klepper habe als Präsident ein Gehalt von rund 75 000 RM bezogen, seit Anfang 1929 außerdem noch eine zusätzliche Vergütung von 25 000 RM pro Jahr, diese als Vorsitzender des Aufsichtsrats der Deutschen Genossenschafts-Revisions- und Treuhandgesellschaft. Dann sei ein Abzug von 20 v. H. gemacht worden. Weiter erklärte Dr. Helfferich, die Arbeiterbank sei nur auftragsweise für die Preußenkasse tätig gewesen, die Preußenkasse habe das Obligo behalten.

Keine Zeitungssubventionen

Zu den Aeußerungen im Klepper-Ausschuß über angebliche Subventionen des Reichswehrministeriums an Zeitungen, die bereits von der „Berliner Börsen-Zeitung" zurückgewiesen worden sind, erklärt das Reichswehrministerium,

daß aus Mitteln dieses Ministeriums keinerlei Unterstützungen gezahlt worden sind bzw. gezahlt werden, auch nicht an die „Tägliche Rundschau" und die „Berliner Börsen-Zeitung".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219321022-11/fragment/page=0001

Ebenso unzutreffend sind die Behauptungen über irgendwelche Beteiligungen des Reichswehrministeriums an Zeitungen.

Der Redakteur Melzer von der Landwirtschaftlichen Wochenschau sagte aus, „das einzige Bestechungsangebot eines Lebens habe ihm Herr Klepper gemacht". Die sofort beantragte Gegenüberstellung Dr. Kleppers wurde vom Ausschuß mit Stimmengleichheit abgelehnt.

Bei der abschließenden Vernehmung erklärte der Zeuge Melzer, Klepper habe ihm auf einem Abend der Rentenbank-Kreditanstalt einen Kredit ohne jede Sicherheit angeboten, obwohl er gewußt habe, daß er, Melzer, zu den schärfsten journalistischen Gegnern Kleppers gehört habe. Er könne sich durchaus denken, daß Klepper selbst nicht das Gefühl eines ehrenrührigen Angebots gehabt habe, die Meinungen über Moral und Unmoral seien eben verschieden. Klepper habe übrigens auch gelegentlich vor Pressevertretern zugegeben, daß gewisse finanzielle Transaktionen im Zusammenhang mit dem Forschungsinstitut von Professor Brandt streng genommen statutenwidrig seien.

Der Vorsitzende teilte zum Schluß der Sitzung mit, daß sich das Staatsministerium in seiner nächsten Sitzung mit dem Ausschuß-Antrag beschäftigen werde, dem früheren Finanzminister Klepper die Genehmigung zur Auslage auch über Fragen zu gestatten, deren Beantwortung Klepper aus staatspolitischen Gründen bisher abgelehnt hat. Weiter wurde beschlossen, späterhin auch den Reichswehrminister von Schleicher wegen der angeblichen Subventionierung von Zeitungen zu vernehmen. Der Ausschuß vertagte sich dann bis nach den Reichstagswahlen.

Hitler antwortet Papen

Im „Völkischen Beobachter" beantwortet der Führer der NSDAP. die Münchener Rede des Reichskanzlers in sehr umfangreicher Form. Er kritisierte zunächst das Arbeitsbeschaffungs- und Sozialprogramm der Regierung und polemisiert dann auch schärfstens gegen die „Staatsauffassung" des Kanzlers. Es gehöre die ganze gedanklichke Oberflächlichkeit der alten Herrenschicht dazu, sich einbilden zu können, daß man einer elementaren Weltanschauungskrise eine „machtvolle und autoritäre Regierung" gegenübersetzen könnte. Was der in Papens Augen zu rettende „Staat" sei, das sei in den Augen der Millionen ein zu beseitigendes Uebel; was er als Privateigentum bezeichne, jeden Millionen anderer ein Unrecht, das Diebstahl heiße; was er als religiösen Glauben verkünde, sei für andere nur Aberglaube; was er unter Moral verstehe, erscheine Millionen als Unmoral, ja als gesellschaftliche Schmach und Klassenschande. Herr von Papen habe von der göttlichen Ordnung gesprochen. „Gott schuf nicht vernünftige Wesen, damit unvernünftige führen und beschränkte regieren." Für göttliche Berufung gebe es nur einen Beweis, und das sei die Leistung. Sehr ausführlich behandelt Hitler die Vorgänge am 13. August. Schärfste Angriffe richtet Hitler gegen Papen wegen der auswärtigen Politik, namentlich wegen der letzten Aktionen in der Abrüstungsfrage. Wer in der außenpolitischen Tätigkeit nur ein Mittel zur Abwendung der nationalen Opposition sehe, wer mit Phrasen und Redensarten um sich schleudere, setze die deutsche Politik einer Beurteilung aus, die Deutschland schon vor dem Kriege mehr geschadet als genützt habe.

Im überfüllten Saale der „Neuen Welt" in der Hasenheide in Berlin fand das Rededuell zwischen den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen statt, wobei trotz zeitweilig größter Störungen beide Parteien ergiebig zu Worte kamen.

Deutsche Tagesschau

Die Verwaltungsvereinfachung in Preußen macht weitere Fortschritte; so sollen bereits im November das Wohlfahrts-, das Handels- und das Landwirtschaftsministerium beseitigt werden.

Wassersportschulen für Jugendertüchtigung.

Das Reichskuratorium für Jugendertüchtigung wird seine Aufgaben auch auf den Wassersport ausdehnen. Neben den Geländesportschulen werden daher auch Wassersportschulen in Betrieb genommen werden. Außer Leibes- und Ordnungsübungen und Kleinkaliberschießen werden in diesen Wassersportschulen seemännische Kenntnisse vermittelt werden, zum Beispiel seemännische Ausdrücke und Begriffe, Rudern und Steuern von Booten, seemännische Signale, der Gebrauch von Seekarten und des Kompasses und die Fahrwasserbezeichnungen.

Stärkefabriken und Kartoffelpreis.

Die führenden gewerblichen Stärkefabriken haben sich bereit erklärt, über den 20. Oktober hinaus zunächst bis zum 31. Oktober 1932 für Kartoffeln, die zur Herstellung von Kartoffelstärkemehl für Backzwecke eingekauft werden, 9 Rpf. je Stärkeprozent frei Fabrik einschließlich Provision bei neuen Käufen zu zahlen, sofern ihnen die Kartoffeln zur Lieferung November, Dezember, Januar angeboten werden, und soweit die Fabriken noch aufnahmefähig sind.

Auslands-Rundschau

Die Kontingentierungsverhandlungen in Paris.

Die deutsche Delegation hat den französischen Delegierten die Ansichten und Wünsche der Reichsregierung über die geplanten Einfuhrkontingente für ausländische Früchte und ausländisches Gemüse unterbreitet. 1931 habe Deutschland aus Frankreich für 8 882 000 RM Früchte und für 9 332 000 RM frisches Gemüse bezogen. Die Darlegungen der deutschen Vertreter seien in einem Memorandum zusammengefaßt worden, das die französischen Sachverständigen aufmerksam entgegengenommen hätten.

Das rumänische Kabinett.

Die Liste des Kabinetts Maniu ist fertiggestellt worden. Danach übernimmt Maniu den Vorsitz, Mironescu wird stellvertretender Ministerpräsident ohne Portefeuille, der bisherige Handelsminister Madgearu wird Finanzminister und Lugoscanu Handelsminister. Das Außenministerium übernimmt, wie bereits gemeldet, Titulescu. Die übrigen Minister bleiben auf ihren Posten, auch Mihalaka als Innenminister. Vajda Vojwod ist also als Einziger aus dem Kabinett ausgeschieden.

Kleine politische Meldungen

Die schwebende Schuld des Deutschen Reiches. Nach Mitteilung des Reichsfinanzministeriums bezifferte sich die schwebende Schuld des Deutschen Reiches am 30. September d. J. auf 1757,1 Millionen RM gegenüber 1908,8 Millionen RM am 31. August.

Bilderdienst zwischen Vatikan-Stadt und Berlin. Zwischen der Vatikanischen Stadt und Berlin beginnt heute der radiotelegraphische Bilderdienst.

Wiedereröffnung der Wiener Hochschulen. Nach neuerlicher Rücksprache mit den Vertretern der deutschen Studentenschaft hat der Rektor der Wiener Hochschule verfügt, daß die Universität wieder allgemein geöffnet wird.

Diskonterhöhung der Bank Polski um 1,5 v. H. Die Bank Polski hat ihren Diskontsatz, der seit dem 3. Oktober 7,5 v. H. betrug, auf 6 v. H. ermäßigt.

Aus der Umgegend

Nebra, 21. Oktober.

— **Ein Gedenktag.** Am 24. Oktober sind 50 Jahre vergangen, seitdem der neue städtische Friedhof in Benutzung genommen wurde. An diesem Tage mittags 12 Uhr wurde er von Oberpfarrer Liebe feierlich eingeweiht. Am 27. Oktober wurde als erster Erwachsene der Bäckermeister Friedrich Gustav Schwerdt im Alter von 53 Jahren dort beerdigt, am 4. November folgte die erste Kinderbeerdigung (Kind Maria Bertha Dolge, 8 Tage alt). Wieviele Gräber sind seitdem angelegt! Vor einigen Jahren hat man die ältesten Erwachsenengräber wieder eingebnet. Möchte die Inschrift am Eingang unseres Friedhofs sich bei noch recht vielen bewahrheiten: „Selig sind die Toten, die in dem HErrn sterben" (Offb. 14,13).

— **Operetten-Abend.** Wie wir bereits in voriger Nummer mitgeteilt haben, wird das Leipziger Operetten-Ensemble am heutigen Sonnabendabend die beliebte Operette „Gräfin Mariza" als voraussichtlich letzte Vorstellung hier aufführen. Direktion wie alle Mitwirkenden haben sich durch die genußreichen Abende, die sie uns verschafften, redlich den Dank aller Theaterfreunde erworben, darum ist es Pflicht der letzteren, den Abschiedsabend durch ein volles Haus den Scheidenden zu versüßen.

— **Stadt-Lichtspiele.** Ein ernster, nichtsdestoweniger jedoch auch gute Unterhaltung bietender Film steht für Sonnabend in unserem Kino auf dem Programm. — Ein zweiter Film führt die Besucher nach dem Lande der Sehnsucht so vieler, nach Texas und zeigt die unendlich weiten Prärien, aber auch herrliche Landschaftsbilder, blühende Städte und einsam gelegene Farmen.

— **Deutsches Holz zum Bauen.** Die Lage der deutschen Holzwirtschaft hat sich in letzter Zeit weiter verschlechtert. Es ist nötig, wiederholt darauf hinzuweisen, daß es im Gesamtinteresse der deutschen Volkswirtschaft liegt, wenn bei der Vergebung von Bauaufträgen inländisches Holz dem ausländischen vorgezogen wird. Die zuständigen Reichsstellen wie auch die Spitzenverbände der Erzeuger und Verbraucher haben erneut der Auffassung Ausdruck gegeben, daß bei der jetzigen Wirtschaftslage noch mehr als bisher auf die Verwendung deutscher Baustoffe hingewirkt werden muß.

Termine in Strafsachen am 20. Oktober 1932.

Vorsitzender: Amtsgerichtsrat Meischeider als Richter. Vertreter der Staatsanwaltschaft: Justizoberlehrerin Thiele. Protokollführer: Referendar Schulze.

1) Gegen einen Strafbefehl in Höhe von zwei Wochen Gefängnis hatte der Arbeiter Friedrich Brückner in Nebra a. U. gerichtliche Entscheidung beantragt. Es wurde ihm zur Last gelegt, dem Steinhauer Johannes Salzmann in Nebra auf seinem Felde 1½ Zentner Kartoffeln am 15. August entwendet zu haben. Der Angeklagte gibt die Tat zu. Das Urteil lautete auf zwei Wochen Gefängnis. Die Kosten des Verfahrens trägt der Angeklagte.

2) Privatklage der Ehefrau Berta Brückner geb. Mackrodt in Nebra gegen den Jagd- und Fluraufseher Hermann Bleichert daselbst, wegen Körperverletzung. Der Angeklagte wird beschuldigt, am 18. August 1932 auf dem Plane des Rittergutes Nebra an der Dissau die Privatklägerin vorsätzlich körperlich mißhandelt zu haben, indem er seinen Hund auf sie hetzte, welcher sie angefallen und in die Hand gebissen hat. Der Tat ist folgendes vorausgegangen: Die Privatklägerin war mit noch mehreren Personen auf dem Plane des Rittergutes Nebra und hatte Aehren gelesen. Bleichert forderte die Brückner auf, die Aehren vom Korbe herunter zu legen, welcher Aufforderung die Privatklägerin nicht nachkam, und als der Bleichert nach dem Korbe gefaßt hatte, wollte die Brückner denselben ihm wieder entreißen. In diesem Augenblick faßte der Hund zu und brachte der Privatklägerin die Bißwunde bei. Die heutige Verhandlung hat ergeben, daß Bleichert den Hund auf die Brückner gehetzt hat. Das Urteil lautete: der Angeklagte Bleichert ist der Körperverletzung schuldig und wird zu einer Geldstrafe von 75.— RM., an deren Stelle im Falle der Nichtbeitreibbarkeit für je fünf RM. ein Tag Gefängnis tritt, verurteilt. Die Kosten des Verfahrens trägt der Angeklagte.

3) Privatklage des Obermüllers Gustav Will in Nebra gegen den Arbeiter Karl Kunze daselbst, wegen Beleidigung und übler Nachrede. Der Angeklagte wird beschuldigt, dem Privatkläger Unredlichkeit gegenüber seinem Arbeitgeber und der Unterschlagung bezichtet zu haben, indem er im April 1932 in Gegenwart von Zeugen erklärte, der Privatkläger habe Kaufgeld für Mahlgut vereinnahmt, aber nicht in ein Buch eingetragen; ferner habe er dem Müllergesellen Gustav Saul den vollen Wochenlohn ausbezahlt, auch wenn er in der Woche nur ein oder zwei Tage gearbeitet hätte, und hieran die Verdächtigung geknüpft, daß, wenn man miteinander etwas ausgefressen habe, dann gehe das nicht anders. Der Angeklagte gab nach der Beweisverhandlung zu, daß er seine Behauptungen nicht mehr aufrecht erhalte und bedauerte, dies gesagt zu haben. Das Urteil lautete: Der Angeklagte ist der üblen Nachrede und der öffentlichen Beleidigung des Privatklägers schuldig und wird zu einer Geldstrafe von 100 RM., an deren Stelle im Falle der Nichtbeitreibbarkeit für je vier RM. ein Tag Gefängnis tritt, verurteilt. Die Kosten des Verfahrens trägt der Angeklagte. Dem Privatkläger wird die Befugnis zugesprochen, das Urteil nach dessen Rechtskraft einmal im Nebraer Anzeiger auf Kosten des Angeklagten öffentlich bekannt zu machen.

4) Privatklage des Arbeiters Bernhard Klauser in Nebra gegen den Arbeiter Albert Hecht, daselbst, wegen Körperletzung. Der Angeklagte wird beschuldigt, am 9. August die Ehefrau des Privatklägers körperlich mißhandelt zu haben. Das Urteil lautete: der Angeklagte ist der Körperverletzung schuldig und wird zu einer Geldstrafe von 5.— RM., an deren Stelle im Falle der Nichtbeitreibbarkeit ein Tag Gefängnis tritt, verurteilt. Die Kosten des Verfahrens trägt der Angeklagte.

Bitzenburg. Es seien noch einmal alle Freunde der in unserm Tale so beliebten Kirmesfeste daran erinnert, daß am morgigen Sonntag im Wirthmannschen Gasthause die Kirmes für Bitzenburg begangen wird. Für Speise und Trank ist bestens gesorgt, ebenso für Tanzgelegenheit.

St. Micheln (Kr. Querfurt). Unter dem Verdacht, an dem Ueberfall auf den Flurhüter des Rittergutes St. Micheln beteiligt gewesen zu sein, wurden zwei Arbeiter aus Micheln verhaftet und dem Querfurter Gerichtsgefängnis zugeführt. Sie wurden bereits einem eingehenden Verhör unterzogen, haben aber die Tat nicht eingestanden. Bei einem weiteren Arbeiter erwies sich der Verdacht als grundlos.

Naumburg. Im Naumburger Ratskeller fand eine Gedenkfeier für den kürzlich verstorbenen deutschnationalen Politiker Dr. Georg Wilhelm Schiele, den Vater des Gedankens des Young-Volksbegehrens, statt. Pfarrer D. Traub hielt die Gedenkrede.

Merseburg. Der Landrat des Kreises Merseburg, der die Verhandlungen über die Gründung einer Wassergenossenschaft in der Elster-Luppe-Aue führt, hatte die Vertreter der Gemeinden zu einer Besprechung nach Merseburg eingeladen. Regierungsassessor Dr. Krause gab der Hoffnung Ausdruck, die Gemeinden von der Notwendigkeit der Wasserregulierung in der Aue und der Bildung einer Genossenschaft überzeugen zu können. Das Projekt erörterte Kulturbeirat Sonntag. Vor allem sollen Gräben angelegt werden, durch die das Hochwasser leichten Abfluß findet. Die Durchführung des vom Merseburger Kulturbauamt aufgestellten Plans würde bei Zahlung von Tariflöhnen etwa 144 000 Mark erfordern, doch könnte dieser Betrag auf 25 000 Mark herabgesetzt werden, falls die Arbeiten im Freiwilligen Arbeitsdienst durchgeführt würden.

Dürrenberg. Einbrecher erbeuteten nachts aus einem hiesigen Manufakturgeschäft große Posten Bettwäsche, Hemden, Strümpfe, Handtaschen und 160 Mark Bargeld. Sie hatten die Scheibe der Eingangstür herausgenommen. Das Sturmwetter der Nacht begünstigte die Tätigkeit der Räuber.

Halle. Im Wege der allgemeinen Verwaltungsreform soll neben anderen Oberpostdirektionen auch die OPD in Halle aufgelöst werden. Die endgültige Entscheidung in dieser Frage ist für die nächste Zeit jedoch noch nicht zu erwarten. Aus diesem Grunde eilen auch die vielfachen Gerüchte, die von einer Vereinigung der Oberpostdirektionen Leipzig und Halle mit dem Sitz in Leipzig wissen wollen, zum mindesten den Tatsachen weit voraus, ebenso die Meldungen über eine Verteilung der Geschäfte der OPD Halle auf Erfurt, Magdeburg und Leipzig.

Halle. Für die Instandsetzung von Wohngebäuden stehen für Halle 121 000 Mark Reichsmittel zu, für die Teilung von Wohnungen 11 000 Mark.

Halle. Im Bankprozeß Schwarz hat die Beweisaufnahme begonnen. Der Konkursverwalter braucht für die Abwickelung wahrscheinlich noch zwei Jahre. Die Gläubiger haben zur Zeit eine Konkursdividende von nur 5 Prozent zu erwarten. Die Gesamtsumme der Gläubigerforderungen beläuft sich auf mehr als eine halbe Million Mark.

Heringen (Helme). Zum Leichenfund am Bahndamm wird noch aus Berlin berichtet, daß eine zweite Stelle im Polizeipräsidium Berlin Nachforschungen eingeleitet hat, ob Henny Goldstein gewaltsam aus dem D-Zug Berlin—Kassel geworfen worden ist. Man hält also trotz der bisherigen Feststellungen, die auf Selbstmord hinweisen, die Möglichkeit eines geheimnisvollen Verbrechens für nicht ausgeschlossen.

Zerbst. Das Dessauer Schöffengericht verurteilte gestern den Bankier Häsche von der vor Jahresfrist zusammengebrochenen Bankfirma Pöse & Christ in Zerbst wegen Depotverbrechens zu zwei Jahren Zuchthaus.

Orangenbaum. Fabrikbesitzer Rudolf Maerker, ein bekannter Industrieller der Orangenbaumer Tabakindustrie hat sich erschossen. Ein schweres Nervenleiden ist der Grund zur Tat gewesen. Das Unternehmen Maerkers, der vor Jahren der Stadt zahlreiche Stiftungen gemacht hat hatte in den letzten Jahren infolge der Wirtschaftskrise außerordentlich zu leiden.

Braunsdorf (Kr. Wittenberg). Am 13. April hatte man den Häusler Ließ aus Braunsdorf in seinem Grundstück erhängt aufgefunden. Es wurde Freitod angenommen. Jetzt hat sich jedoch herausgestellt, daß Ließ von seinem Sohne erwürgt worden ist. Der Vatermörder wurde verhaftet und dem Wittenberger Gerichtsgefängnis zugeführt. Die Frau des Ermordeten und ein weiterer, 17jähriger Sohn sind an der Tat beteiligt gewesen.

Der 20jährige Sohn Walter hat sich mit Wissen der Mutter in das Schlafzimmer eingeschlichen und versucht, den Vater mit einem Strick zu erdrosseln. Als das mißlang, erwürgte er ihn. Darauf haben die drei den Toten in einen Schuppen geschleppt, ihn dort an einem Balken aufgehängt und so einen Selbstmord vorgetäuscht. Inzwischen haben sie alle ein umfassendes Geständnis abgelegt und beschuldigen sich gegenseitig der Anstiftung zur Tat, die auf lange zurückliegende Familienstreitigkeiten zurückzuführen ist.

Kleinbahn gegen Omnibus

Zwei Tote, neun Verletzte.

Mittwoch nachmittag stieß am Kleinbahnübergang Passendorf bei Halle ein Personenzug mit einem Omnibus zusammen. Der Besitzer der Autobuslinie, Wächter, wurde auf der Stelle getötet, ein Fahrgast tödlich verletzt. Fünf weitere Personen erlitten sehr schwere und vier leichtere Verletzungen. Die Schranke am Bahnübergang war durch Sturm am vorhergehenden Tage außer Betrieb gesetzt worden. Statt dessen wurden Signale mit einer roten Fahne gegeben.

Ein drittes Todesopfer des Passendorfer Verkehrsunglücks.

Passendorf b. Halle. Das Autobusunglück bei Passendorf hat im ganzen drei Todesopfer gefordert. In den Abendstunden erlag im Elisabeth-Krankenhaus der Lokomotivführer Otto Parthier aus Halle seinen schweren Verbrühungen. Sein Kamerad, der sich mit ihm auf der abgestürzten Lokomotive befand, hat Verbrühungen an den Armen erlitten. Lebensgefahr besteht bei ihm nicht. Der Führer des Unglücksautobusses, der Chauffeur Lankerts ist bei dem Unfall unverletzt davongekommen.

Die Aufräumungsarbeiten dürften einige Tage in Anspruch nehmen. Kraftwagenführer Kurt Lankers und der Schrankenwärter Emil Lepski sind noch am gleichen Abend eingehend vernommen worden. Beide bestreiten jede Schuld. Lankers behauptet,

er habe zwar einen Mann mit einer roten Fahne winken gesehen, diesen aber für einen Chausseearbeiter gehalten

und geglaubt, daß dort Steinarbeiten ausgeführt würden. Der Schrankenwärter behauptet, daß er eine Eisenbahnermütze aufgehabt habe und ordnungsmäßig mit der roten Fahne Zeichen gegeben habe, und zwar an dem ihm

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219321022-11/fragment/page=0002

angewiesenen Platz. Er habe nicht anders stehen dürfen, weil er die Sicht nach Halle, Nietleben und Passendorf haben mußte. Die Angaben werden zur Zeit eingehend nachgeprüft.

Die Mittellandkanal-Bauten

Im Rahmen der Fortführung der Mittellandkanal-Bauten sind, wie wir erfahren, vorgesehen: Fortsetzung der Strecke Elbeu-Glindenberg bis zum Abschnitt Wedringen-Wülfrtingen, der bereits 1926 begonnen wurde; Schachtbau des Schiffshebewerks Rothensee; Schleuse bei Allerbüttel auf der Strecke Braunschweig—Magdeburg; Fortsetzung der ebenfalls 1926 begonnenen Strecke im Drömling bei Oebisfelde; Teilstrecke Völkenrode—Braunschweiger Hafen.

Anschlag auf D 27?

Ein Hemmschuh auf den Schienen.

Nordhausen. Am Dienstagabend fand ein Landwirt unweit der Bahnstation Berga-Kelbra einen Hemmschuh auf einer Schiene. Das Hindernis wurde von dem benachrichtigten Bahnwärter noch vor dem nächstfälligen D-Zug 27 Wiesbaden—Berlin beseitigt. Ob es sich um einen verbrecherischen Anschlag handelt, muß erst die Untersuchung ergeben. Der Bahnschutz wurde in der Nacht durch einen Doppelposten verstärkt, um ein etwa geplantes Attentat zu verhüten.

Windstärke 11!

Seit Dienstag abend tobte im gesamten Harzgebiet ein Orkan. Der Sturm, der zeitweise auf Windstärke 11 anschwoll, richtete besonders in den Forsten schweren Schaden an. Viele Leitungen sind durch stürzende Bäume zerrissen worden. Wildemann und Clausthal waren ohne Strom. Die Wasser der Harzbäche steigen an.

Auch in Stadt und Kreis Dessau hat der Sturm große Schäden angerichtet. Die Feuerwehren waren dauernd unterwegs, um zahlreiche durch den Sturm verursachte Hindernisse fortzuräumen. Ziegel wirbelten von den Dächern. Zahlreiche Telegraphenmasten sind umgelegt worden. Im Fernsprechverkehr sind erhebliche Störungen eingetreten.

In Magdeburg und Umgegend hat der Sturm ebenfalls arg gewütet.

Skandal bei der Reichsbahn

Braunschweig, 21. Oktober.

Wegen dringenden Verdachts der Beteiligung an den vor einigen Jahren in und um Braunschweig verübten Anschlägen auf die Signaleinrichtungen und Züge der Reichsbahn sowie wegen dringenden Verdachts von damit zusammenhängenden Amtsunterschlagungen und Urkundenfälschungen sind der Berliner Reichsbahninspektor Nord und der Braunschweigische Reichsbahnsekretär Neth verhaftet worden. Bei ihren ersten Vernehmungen haben die Beamten Teilgeständnisse abgelegt, aber nur im Fall der Unterschlagungen. Sie sind überführt, etwa 10 000 RM durch Fälschung von Lohnlisten veruntreut zu haben. Eine Beteiligung an den Eisenbahnanschlägen konnte ihnen noch nicht nachgewiesen werden.

Es handelt sich um etwa 60 Attentate, die in den Jahren 1928 bis 1931 auf der Strecke Braunschweig—Magdeburg verübt wurden. Die Reichsbahn zog damals ein besonderes Bahnschutzkommando bei Braunschweig zusammen. Diese Dienststelle unterstand dem Reichsbahninspektor Nord, bei dem auch der Reichsbahnsekretär Neth arbeitete. Trotz schärfster Ueberwachung konnten die Urheber der Attentate nicht ermittelt werden.

Es war aber aufgefallen, daß die Attentate aufhörten, wenn sich die Kriminalpolizei an den Ermittlungen beteiligte, und daß sie wieder anfingen, wenn der Bahnschutz allein arbeitete. Merkwürdigerweise hörten sie ganz auf, als Nord nach Berlin versetzt wurde. Schon Ende 1930 war daraufhin Haftbefehl gegen die Beamten erlassen worden. Sie mußten aber wieder freigelassen werden.

Bei Auflösung der Reichsbahndirektion Magdeburg stellte man bei einer Nachprüfung der Bücher fest, daß bei der von Reichsbahninspektor Nord seinerzeit geleiteten Dienststelle zahlreiche Lohnlisten gefälscht waren. Die Veruntreuungen beliefen sich auf etwa 10 000 RM. Weitere Ermittlungen führten zu dem dringenden Verdacht, daß Neth an den Unterschlagungen beteiligt war.

Im Zusammenhang mit diesen Verfehlungen werden auch die bereits 1930 erhobenen Beschuldigungen eingehend untersucht werden.

Reichstagskandidaten der Volkspartei.

Die Deutsche Volkspartei hat für den Wahlkreis 11, Halle-Merseburg, zur Reichstagswahl als Spitzenkandidaten aufgestellt: Dr. med. Walter Schnell, Halle, und Schlossermeister Stadtrat Emil Michel, Halle.

Die Coburger Prinzenhochzeit

Die Feiern aus Anlaß der Vermählung des Prinzen Gustav Adolf von Schweden mit Prinzessin Sibylle von Sachsen-Coburg-Gotha fanden mit der kirchlichen Trauung ihren Höhepunkt. Fast die ganze Stadt war auf den Beinen um Zeuge der Fürstenhochzeit zu sein. Zahlreicher Fahnen- und Blumenschmuck gaben den Straßen, durch die sich der Brautzug bewegte, ein festliches Gepräge. Die Mitglieder der Baterländischen Vereine und Verbände und Schulkinder bildeten auf dem Wege zur Moritzkirche Spalier.

Kurz vor 11 Uhr trafen die ersten Wagen der Hochzeitsgäste vor dem Gotteshaus ein, wo die Teilnehmer von Freiherr von Schack empfangen wurden. Ein buntes Bild: die Damen nach Vorschrift in hellen Straßenkleidern, die Herren in Galauniform. Man bemerkte u. a. Zar Ferdinand von Bulgarien, Prinz Harold von Dänemark, den schwedischen Kronprinzen, Prinzessin Ingrid von Schweden und ihre Brüder, Kronprinz Rupprecht von Bayern, Prinz Wilhelm von Preußen, Prinz Gustav von Coburg-Gotha, Prinz Ernst von Sachsen-Meiningen und den schwedischen Graf Bernadotte.

Die Kirche war bis auf den letzten Platz gefüllt, als sich der Zug unter Orgelklängen zum Altar bewegte. Als das Brautpaar die Kirche betrat, erklang Orgelspiel. Das Brautpaar nahm vor dem Altar Aufstellung, wo zu beiden Seiten die übrigen Fürstlichkeiten bereits Platz genommen hatten. Nach einem dreistimmigen Knabenchor und einem Gemeindegesang sprach der Geistliche, Dekan Weiß, die Eingangsworte. Sodann hielt Schloßpfarrer Schanze, der frühere Erzieher der Prinzessin Sybille, die Predigt.

Kaum ist die Trauzeremonie beendet als Böllerschüsse ertönen und die Glocken das Ereignis weit in die Lande verkünden.

Um 1 Uhr mittags folgte eine Rundfahrt des Brautzuges durch die Stadt. Mit einer Festvorstellung im Landestheater fanden die Feiern ihren Abschluß.

Der Reichspräsident empfängt Vertreter der Kriegsopfer.

In Verfolg einer Riesenkundgebung des Reichsverbandes deutscher Kriegsopfer e. V. in der Westfalenhalle zu Dortmund, empfing Reichspräsident von Hindenburg heute um 11,30 Uhr eine Abordnung dieses Verbandes unter Leitung des Verbandsvorsitzenden. Dem Herrn Reichspräsidenten wurde über die Not der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen eingehend Vortrag gehalten. Reichspräsident von Hindenburg erwiderte u. a., daß er die Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen als die ersten Bürger des Staates anerkenne. Die Sorge für seine beschädigten Kameraden und für die Hinterbliebenen erfülle ihn. Er werde gern helfen, soweit er dazu in der Lage sei.

Weiße Zähne: Chlorodont

die Zahnpaste die von mehr als 6 Millionen Menschen — allein in Deutschland — täglich gebraucht wird. Vorzüglich in der Wirkung, sparsam im Verbrauch, von höchster Qualität. Tube 50 Pf. und 80 Pf. Weisen Sie jeden Ersatz dafür zurück.

Wochenendwetterbericht.

Die überaus lebhafte Tätigkeit der atlantischen Luftdruckgebiete hält unvermindert an. Dem Sturmtief des Wochenanfangs ist ein neues ozeanisches Tief unmittelbar gefolgt, so daß der Zustrom kälterer maritimer Polarluft am Mittwoch abend nur wenig Stunden angehalten hat. Heute werden wir bereits wieder von maritimen Südwestluftmassen überflutet, die im Kanal, Norddeutschland und auf den Bergen bereits wieder Sturmstärke erreichen; noch wärmere subtropische Luftmassen werden nachfolgen. Bei den der Jahreszeit entsprechenden äußerst raschen Luftdruckänderungen sind Einzelheiten in der Gestaltung der kommenden Witterung über mehrere Tage zum Voraus nicht anzugeben. Wahrscheinlich wird das unruhige, immer wieder zu Regenfällen neigende jedoch verhältnismäßig milde Wetter auch noch am Wochenende anhalten.

Spiel und Sport

Nebraer Sportvereinigung 1924

Die 1. und 2. Mannschaft nehmen morgen an dem Werbesportfest des S.C. „Wacker" Memleben teil. Die 1. Mannschaft trifft nachmittags 13.30 Uhr mit der 1. Mannschaft des TV. Bottendorf zusammen im Pokalspiel. Die Turner werden voll aus sich herausgehen, um einigermaßen günstig abzuschneiden. Man ist gespannt, wie sich Nebra in der neuen Aufstellung aus der Affäre zieht. Die 2. Mannschaft spielt morgens 10.30 Uhr in der Vorrunde um einen Kranz gegen V.f.R. Weißenschirmbach 1. Hier wird unsere 2. einen sehr schweren Stand haben, doch mit vollem Energieeinsatz könnte auch diese Klippe umschifft werden. Alle anderen Mannschaften bleiben spielfrei.

Kirchliche Nachrichten

22. Sonntag nach Trinitatis, den 23. Oktober 1932.

Sonntagsspruch: Er hat gesagt: Ich will dich nicht verlassen noch versäumen (Hebr. 13,5).

10 Uhr: Hauptgottesdienst. Predigttext: Philipper 1, 3—6)
Lieder: 345 (248). 259 (178).
Kollekte für die Canstein'sche Bibelanstalt in Halle a. S.

½12 Uhr: Kindergottesdienst für die ältere Abtlg. in der Kirche.

½12 Uhr: Kindergottesdienst für die jüngere Abtlg. im Gemeindesaal.

Mittwoch, 26. 10., abends 8 Uhr: **Missionsstunde** im Gemeindesaal.

Freitag, 28. 10., abends 8 Uhr: Jungfrauen-Verein im Gemeindesaal.

Getauft wurden am 16. Oktober Lieselotte Gerda Pfeifer und Max Gerhard Taubert.

Auch ein Gedenktag!

Zum 22. und 23. Oktober 1632.

Ein grauverhangener Oktobertag des Jahres 1632 legt sich müde und matt in den Schoß der Ewigkeit. Durch unsere engere Heimat schreitet im Abenddämmern das Schicksal des Dreißigjährigen Krieges, schaut mit suchenden Augen bald in dieses Städtchen, bald in jenes Dorf, bleibt schließlich am Waldrande des Unstruttals stehen, unentschlossen, wohin es sich wenden soll. Als aber der letzte Schein des Tages rotglühend hinter den Finnebergen zergeht, legt es sich breit und wuchtig auf der Ziegelrodaer Höhe nieder, um den kommenden Tag zu erwarten.

Als dieser sein erstes Licht um den „Roten Hof", der heutigen Dorfpfarre in Roßleben, legt, meldet ein Bauernsohn, der den Tag über in Querfurt gewesen war, daß die Kroaten vor Farnstedt eine schwedische Kompagnie bis auf den letzten Mann niedergemetzelt und Gatterstedt, Lodersleben, Leimbach und Schmon in geradezu bestialischer Weise ausgeplündert hätten.

Wie ein Lauffeuer sprang die Botschaft von Dorfhaus zu Dorfhaus und verbreitete überall Schrecken und Wehklagen. Die einen ließen in lähmendem Entsetzen Arme und Kopf hängen, andere aber packten an, vergruben, was nicht niet- und nagelfest war, in der Erde oder versteckten ihre Wertsachen in die darnigen Hecken der Wörlinsel. Dann wurden fast alle Frauen und Kinder in den Ziegelrodaer Forst gebracht und in einer großen Höhle des Sandberges oberhalb des Mühltales geborgen. Dort verbrachten sie in Unruhe und Tränen eine nicht endenwollende Nacht.

In der Frühe des 22. Oktobers meldeten die ausgestellten Wachtposten, daß auf den Höhen der Bottendorfer Berge eine Abteilung Pappenheimerscher Kürassiere gesichtet werde, die eine Stunde später in Roßleben einrückte. Und wieder eine Stunde später kamen mehr und immer mehr, und es schien, als wolle der Zug der Reiter überhaupt kein Ende nehmen. 2100 Mann dieser Räuberhorden wurden in unserem Ort einquartiert. Um die Kirche lagerten sie dicht, auf dem Gottesacker machten sie sich's bequem, die Wendelsteiner Straße entlang, am Mühlgraben und am Ufer der Unstrut, überall erschollen ihre Fluchreden.

Wie ein Bienenschwarm überfielen die Wilden die Klosterschule, die bereits einige Tage vorher von den Schülern panikartig verlassen worden war. Das Holz der Bänke in den Klassenräumen, die dickleibigen Folianten der Klosterbibliothek, die Türen der einzelnen Räume zersplitterten unter den Aexten der Horden und lieferten brauchbares Brennmaterial für die Biwakfeuer. In der Dorfkirche standen die abgehalfterten Pferde Kopf an Kopf zusammengepfercht, von dem Chor herab dröhnte das Gelächter der Stallknechte und das Gekreische der Troßweiber.

Die wenigen Bewohner, darunter auch einige Frauen, die von ihrem Haus und Hof sich nicht trennen wollten, erduldeten Entsetzliches. Am Ziehbrunnen des kleinen Spitals in der Wendelsteiner Straße hatte man sie wie Vieh zusammengetrieben und quälte sie auf teuflische Art. Eine Gruppe von Reitern vergnügte sich damit, nach lebenden Menschen zu schießen als wären es gefühllose Zielscheiben. Von anderen wieder versuchte man durch bestialische Martern zu erfahren, wo sich die Bewohner des Ortes verborgen oder wo sie ihre Schätze versteckt hielten. Die im Kirchenbuch unseres Ortes aufgeführten fünf Totgeburten bezeugen noch heute die namenlose Angst, welche diese Armen damals erduldet haben mochten. In der ausgeraubten Klosterkirche ließ ein Soldatenweib ihr Neugeborenes durch einen katholischen Feldpriester taufen (Bemerkung im Kirchenbuche).

Am folgenden Tage waren Dorf und Kloster eine einzige große Jammerstätte geworden. Als in den Nachmittagsstunden des 23. Oktobers der letzte kaiserliche Reiter das Dorf verließ, schlugen hier und da die roten Flammen durch die Dächer einzelner Häuser. Dann kam der Wind, der trieb schwarze Rauchschwaden gegen den Wald, die verkündeten den bange harrenden Roßlebern, daß der Feind im Abziehen begriffen sei. Aber erst am Abend, als alle Verwüstungen und aller Jammer in barmherzige Dunkelheit gehüllt waren, schlichen sich die ersten Bewohner wieder in den Ort zurück.

Das Schicksal aber stand behäbig grinsend in einer Ecke, schaute mit zusammengekniffenen Augen in die schwelende Glut eines Lagerfeuers, hörte dem Jammer der Menschen verächtlich zu und trollte sich dann zum Dorfe hinaus.

So endeten zwei sorgenvolle Tage für unsere Heimatvorfahren. Sie ahnten damals nicht, daß wenige Jahre später noch bedeutend schwerere für sie hereinbrechen sollten, von denen zu berichten ein andermal Gelegenheit genommen werden wird. W. Albrecht.

Aus Vorstehendem ersehen die heutigen Bewohner Roßlebens und der Umgegend, daß es doch schon „ärger in der Welt gebrauset hat" als jetzt und daß wir alle Ursache haben, zunächst einmal dankbar zu sein Gott dafür, daß er unsere Heimat vor der Wiederkehr derartiger Kriegsereignisse bewahrt hat. Andererseits aber mögen uns die Schilderungen jener Tage eindringlich lehren, daß das deutsche Volk enger sich zusammenschließt zu einer wahrhaften, starken Volksgemeinschaft, die den Wehrwillen wieder als ihr höchstes Ziel betrachtet. Damals war unser Vaterland zerrissen, uneinig, wehrlos, und andere Völker beuteten dies aus, sie benutzten Deutschland zum Tummelplatz für ihre Kriegsleidenschaft. Könnte das sich nicht wiederholen, wenn wir so fortleben im inneren Unfrieden und obendrein im Zustande der Wehrlosigkeit verharren? — Wir machen auch noch auf den Artikel in den heute als Beilage beigefügten Heimatlichen Blättern: „Roßleben im dreißigjährigen Kriege" aufmerksam.

Die Schriftleitung.

Sanella MARGARINE ½ tb 32 ₰

Deutschlands meistgekaufte Margarine

Und jetzt – zu jedem ½ Pfd. Sanella Margarine ein schönes buntes Sportbild. Zum Einkleben aber das „Handbuch des Sports"! Sie bekommen es für 70 Pfennig in den durch Plakate kenntlich gemachten Geschäften oder von „Sanella", Postfach 125, Berlin C 2, gegen Einsendung von 70 Pfennig in Briefmarken.

111 SN 62-90

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219321022-11/fragment/page=0003

Redekampf Goebbels-Schmidt

Die nationalsozialistisch-deutschnationale Diskussion.

Berlin, 21. Oktober.

Die deutschnationale Versammlung in der „Neuen Welt", zu der der nationalsozialistische Gauleiter Dr. Goebbels als Diskussionsredner geladen worden war, mußte schon eine Stunde vor Beginn polizeilich geschlossen werden.

Vor der Rednertribüne hatte ein größeres Aufgebot der Kampfgemeinschaft deutschnationaler Jugend und der SA. Aufstellung genommen. Als Dr. Goebbels erschien, wurde er von der SA. mit Heilrufen begrüßt; die Deutschnationalen verhielten sich ruhig.

Nach einleitenden Worten des Stadtrats Steinhoff sprach zunächst der deutschnationale

Abgeordnete Schmidt-Hannover

Redner führte aus, der Stoß im neuen Reich gehe nach wie vor gegen links, gegen Weimar, gegen Versailles und gegen die Bolschewisierung unseres deutschen Vaterlandes. Die Frage sei nur, wer sich an diesem Kampf beteilige. Als der Abgeordnete auf die Dawes- und Younganleihe zu sprechen kam, ertönten aus der Versammlung Zwischenrufe. Der Redner erwiderte mit erhobener Stimme, die Deutschnationalen hätten stets gegen den Dawesplan gestanden, und seit jener Zeit sei eine Strukturwandlung innerhalb der DNVP. vor sich gegangen, wie sie jetzt den Nationalsozialisten bevorstände.

Sehr erregt wandte sich der Redner dann gegen nationalsozialistische Presseäußerungen, die Deutschnationalen hätten am 9. November 1918 „in den Mauselöchern gesessen".

„Haben Sie denn", so erklärte der Redner mit erhobener Stimme, „kein Gefühl dafür, wie Sie Männer beleidigen, die 1918 an der Front standen? Wissen Sie nichts von dem Niederwerfen des roten Terrors an der Ruhr und von den Kämpfen in Oberschlesien?"

In seinen weiteren Ausführungen verteidigte Abgeordneter Schmidt die Politik Hugenbergs.

Dr. Goebbels

der Berliner Gauleiter der NSDAP., der dann, nachdem die Kapelle zuvor das Flaggenlied gespielt hatte, das Wort erhielt, führte aus, die vom Vorredner erwähnte Parole es gelte ein unwürdiges System zu liquidieren, sei von den Nationalsozialisten ausgegeben worden, als die Deutschnationalen noch in der Regierung gesessen hätten. Wenn behauptet werde, die Nationalsozialisten hätten auch den Reichspräsidenten absetzen wollen, dann müsse er das aufs schärfste zurückweisen. Kommunisten-Anträge, die eine gute Wirkung haben können, werde die NSDAP. ruhig unterstützen. Zu den Wahlen vom 6. November äußerte Dr. Goebbels, der Bolschewismus würde mindestens um 1,5 bis 2 Millionen steigen. Nur wenn eine wirkliche Volksbewegung ans Ruder käme, könne dem Bolschewismus Einhalt geboten werden.

Nach einer sehr scharfen Polemik gegen Papen schloß Dr. Goebbels seine Ausführungen mit dem Satze: „Wir glauben an unsere Sache und sind so unduldsam wie alle wahrhaft Gläubigen. Wir stellen das Wohl des Volkes über das Wohl der Partei." Dr. Goebbels bedauerte dann noch den Bruderkampf und erklärte dazu, die Führung könne aber nur eine Partei haben, und das sei die NSDAP.

Während der Rede des Abgeordneten Steuer kam es zu stürmischen Zwischenrufen der Nationalsozialisten. Die Nationalsozialisten sangen das Horst-Wessel-Lied, die Stahlhelmkapelle spielte das Deutschlandlied.

Zwickel-Bilder

Welche Badeanzüge sind erlaubt?

Berlin, 20. Oktober.

Zu der von der einschlägigen Industrie herausgegebenen Information über Besprechungen mit den maßgebenden Stellen des preußischen Innenministeriums wegen der praktischen Durchführung der Brachtschen Badepolizeiverordnung und der Zwickelverordnung wird nun auch von zuständiger Stelle eine Darstellung gegeben, die folgendes besagt:

Im preuß. Innenministerium hat am 18. Oktober eine Besprechung mit den Vertretern der Badeanzug-Industrie und des Textilhandels stattgefunden. Sie führte zu einer Einigung aller Beteiligten über die polizeilichen Anforderungen an eine zweckmäßige und geschmackvolle Badebekleidung, die dem sittlichen Empfinden der Bevölkerung entspricht. Damit sind die gegen den Erlaß vom 28. September entstandenen Bedenken der beteiligten Wirtschaftskreise ausgeräumt.

Ergänzend sei bemerkt, daß in der Tat die Badepolizeiverordnungen in der Praxis so großzügig gehandhabt werden sollen, daß keinerlei Störungen oder Erregungen zu befürchten seien. Es würden noch — von der Industrie — Bilder herausgegeben, auf denen man sehen könne, wie man sich die praktische Durchführung der Badebestimmungen an den maßgebenden Stellen denkt. Dabei werde sich sehr bald zeigen, daß nun durchaus nicht die Badeanzüge bis zum Halse herauf zugeknöpft sein müßten. Nur müsse der Badeanzug aus einem Stück bestehen, dürfe also nicht aus Jacke und Hose zusammengesetzt sein, wie man es in der letzten Saison viel gesehen habe. Im übrigen werde einem größeren Rückenausschnitt keine Schwierigkeit bereitet.

Cecchinis Gattenmord gesühnt

10 Jahre Zuchthaus wegen Tötung der Ehefrau.

Locarno, 20. Oktober.

Nach mehrtägiger Verhandlung fällte das Gericht im Gattenmordprozeß Cecchini, der weithin großes Aufsehen erregte und auch in Deutschland starkem Interesse begegnete, da es sich bei der Ermordeten um die Berlinerin Eva Koppel handelte, das Urteil. Es lautete bei Zubilligung mildernder Umstände auf zehn Jahre Zuchthaus.

Das Publikum, das zu Beginn des Prozesses Sympathie für den Italiener Cecchini bekundet hatte, änderte seine Stimmung nach dem Plaidoyer des Nebenklägers völlig und nahm die Verkündung des Urteils mit Befriedigung auf.

Bei der Strafbemessung war maßgebend, daß das Gericht Vorbedacht bei der Verübung der Tat nicht verneinte, jedoch nicht in dem Sinne, daß Cecchini die Absicht gehabt habe, seine Frau zu erschießen. Es habe aber die kalte, ruhige Ueberlegung gefehlt, die nach tessinischem Strafrecht zum Wesen des Vorbedachts gehöre. Als mildernde Umstände wertete das Gericht die bisherige Unbescholtenheit des Angeklagten und dessen Geständnis. Weiter nahm das Gericht in Anbetracht des äußerst leidenschaftlichen Charakters des Angeklagten eine Verminderung der Zurechnungsfähigkeit Cecchinis an.

Neues aus aller Welt

Einbruch ins Zittauer Stadtmuseum. Das Stadtmuseum in Zittau wurde in der Nacht von Einbrechern heimgesucht, denen Museusgegenstände von unschätzbarem Wert in die Hände fielen. Besonders zu beklagen ist der Verlust von sechs wertvollen Taschenuhren aus dem 17., 18 und 19. Jahrhundert, die zum Teil in Silber und Gold getrieben und mit Emaillezifferblättern versehen sind. Weiter wurden zwei große goldene, mit Diamanten besetzte Monstranzen und ein goldener Kelch mit Deckel gestohlen. Außerdem nahmen die Einbrecher zahlreiche Schmuckgegenstände — goldene Halsketten, Armbänder, Broschen usw. — mit, die es in Deutschland in dieser Ausführung nur in wenigen Stücken gibt.

Der letzte meuternde Seemann abgeurteilt. Vor dem Kieler Amtsgericht hatte sich als letzter der meuternden deutschen Seeleute von Leningrad im Oktober vorigen Jahres der 20jährige Matrose Wolfsauer vom Hamburger Dampfer „Robert Koppen" zu verantworten. Wolfsauer gehörte zu den Rädelsführern und hatte sich bis jetzt der Aburteilung durch Verbleiben in Leningrad entzogen. Das Urteil lautete auf eine Gefängnisstrafe von neun Monaten und einer Woche.

Familientragödie in Andernach. In einer Grotte des Andernacher Stadtwaldes wurden die Leichen des 69 Jahre alten früheren Bautdieners Karl Proff sowie dessen 34jährigen Tochter Gertrud aufgefunden. Beide wiesen Kopfschüsse auf. Es hat den Anschein, daß Vater und Tochter in gegenseitigem Einverständnis den Tod gesucht haben.

Vor allem auch die wollenen Sachen kannst mit Persil du sauber machen!

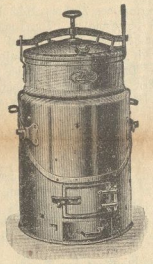
Kaffee Hag
frisch eingetroffen
Hugo Mögling.

Feinste Röstkaffee's
empfiehlt
Hugo Mögling

Eintritts- und Garderobeblocks
in allen Farben
Wilh. Sauer, Rossleben

J. C. KÖNIG & EBHARDT
GESCHÄFTSBÜCHERFABRIK
HANNOVER
und anderer bekannter Firmen
Buchhandlg. W. Sauer
Rossleben

Ihre Kartoffeln dämpfen Sie
vorteilhaft nur mit dem Akra-Dämpfer,



neues niedriges Modell,
er ist sparsam im Brennstoffverbrauch, sodaß sich die Anschaffung schon in kurzer Zeit lohnt.
Akra-Dämpfer sind führend.
Fordern Sie unseren neuen Prospekt.
Kyffhäuserhütte Artern 6
Fernsprecher Artern Nr. 201.

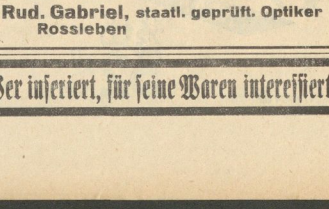
Zaunlatten
Riegel-Säulen
in allen Abmessungen
Thüringer Holzwerke
Rossleben Fernspr. 263

Stadt-Lichtspiele „Preuß. Hof"
Sonntag, den 23. Oktober, abends 8¼ Uhr:
Verächter des Todes
Ferner:
Der Ritter von Texas.
Es ladet freundlichst ein
Borgwardt.

Dankfagung.
Von meinen Schmerzen befreit.
Auch ich möchte es nicht unterlassen, Ihnen meinen Dank auszusprechen. Ich bin 72 Jahre alt und litt jahrelang an Rheumatismus. Verschiedene andere Heilmittel habe ich angewandt, die aber nur Linderung von kurzer Dauer brachten. Schließlich las ich von Ihrem Indischen Kräuter-Pulver und machte davon Gebrauch. Dieser Versuch hat sich wirklich gelohnt, denn ich bin von meinen Schmerzen wieder befreit. Frau verw. Weber, Strehla, Fischergasse 89, am 5. April 1932.
Hilbert's Indisches Kräuter-Pulver besteht aus 19 verschiedenen meist indischen Kräutern. Diese sind getrocknet und fein gemahlen. Dabei absolut unschädlich. Nach dem Gutachten des Herrn Prof. Dr. med. Hans Friedenthal enthält es gute Wirkungen bei Erkrankungen der Atmungswege, des Lungensystems und der Verdauungsorgane, sowie bei Gicht, Rheumatismus, Adernverkalkung, rheumatischen Kopf- und Rückenschmerzen, Blutreinigungskuren. Schachtel 3.— M., reicht 15 Tage, das sind pro Tag nur 20 Pf. Vorrätig in der Apotheke in Nebra, auch in den Apotheken
Vorher in Rossleben, Laucha, Querfurt, Mücheln, Wiehe. Nachher

Deutsche wollen heim!
Roman
von Gerhard Menzel
beginnt im neuen Heft der
»WOCHE«
Immer inhaltreich und gehaltvoll
»DIE WOCHE« überall für 40 Pfg.

Halten Sie



Ihre Zeitung
mehr oder weniger 25—30 cm vom Auge ab, um deutlich und mühelos lesen zu können? Ermüden Sie dabei oft leicht? Dann sind Sie **fehlsichtig** und müßten sich Ihr Sehvermögen bald korrigieren lassen, um sich nicht nur wieder den vollen Genuß Ihrer Lektüre zu verschaffen, sondern um auch durch besseres, müheloses Aufnehmen aller wichtigen Erscheinungen der Umwelt leistungsfähiger zu werden.
Ich berate Sie gern fachmännisch und erwarte Ihren baldigen Besuch.
Rud. Gabriel, staatl. geprüft. Optiker
Rossleben

Zurück.
Dr. Fritz Becker, Naumburg a. S.
Facharzt für Augenkrankheiten.

Wer inseriert, für seine Waren interessiert!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219321022-11/fragment/page=0004

A 1 Universitätsbibliothek

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.— RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Kaufmann Hugo Mögling (vorm. Ww. Meitz), Markt 34/35
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 127 — Sonnabend, den 22. Oktober 1932 — 45. Jahrgang

Ergänzung sozialer Leistungen

Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung für den Winter.

Berlin, 20. Oktober.

Die Verordnung zur Ergänzung von sozialen Leistungen bringt an erster Stelle eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung für den bevorstehenden Winter.

Arbeitslose, die in der Zeit vom 31. Oktober 1932 bis zum 1. April 1933 versicherungsmäßige Unterstützung oder Krisenunterstützung nach den Lohnklassen 1 bis 4 mit mindestens einem Familienzuschlag beziehen, erhalten zu der Unterstützung eine wöchentliche Zulage.

Die Zulage beträgt, und zwar ohne Unterscheidung nach Lohn- und Ortsklassen, für je sechs Unterstützungstage bei Arbeitslosen mit einem oder zwei zuschlagsberechtigten Angehörigen zwei Reichsmark; sie erhöht sich bei drei oder vier Angehörigen auf vier Reichsmark.

Arbeitslosen, die einer höheren Lohnklasse als 4 angehören, erhalten die Zulage, wenn ihr bisheriger Unterstützungssatz den Satz der Klasse 6 einschließlich der Zulage nicht erreicht; als Zulage wird in diesem Falle der Unterschiedsbetrag gewährt. Besonders wichtig ist, daß die Zulage bei der Prüfung der Hilfsbedürftigkeit für die versicherungsmäßige Unterstützung und Krisenunterstützung außer Betracht bleibt.

Die neue Verordnung beseitigt ferner Schwierigkeiten und Härten, die sich aus der Ortsklasseneinteilung der Notverordnung vom 14. Juni ergaben. Künftig werden alle Orte, die mehr als 50 000 Einwohner haben, der sogenannten Sonderklasse oder der Ortsklasse A zugerechnet. Ferner: Bisher waren für die Arbeitslosenunterstützung die Orte der Klasse B in zwei Gruppen geteilt, je nachdem sie mehr als 10 000 Einwohner oder weniger haben. Jetzt fällt diese Teilung fort; in allen Orten der Klasse B beträgt die Unterstützung künftig so viel, wie sie bisher nur in den Orten mit mehr als 10 000 Einwohnern betrug.

Durch die neuen Maßnahmen der Reichsregierung fließen den Arbeitslosen jetzt monatlich zehn Millionen Reichsmark mehr als bisher zu.

In der Krankenversicherung

hat die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 sämtliche Mehrleistungen beseitigt. Die Wiedergewährung war nur zulässig, wenn der höchste Beitrag bestimmte Grenzen (im allgemeinen 5 v. H. des Grundlohnes) nicht übersteigt.

Die neue Verordnung läßt in beschränktem Umfang Mehrleistungen zugunsten der Angehörigen der Versicherten auch bei Ueberschreiten des Höchstsatzes wieder zu.

Es soll gestattet sein, Krankenhauspflege für Familienangehörige oder einen Zuschuß an Stelle der Krankenhauspflege zu gewähren, ferner das Hausgeld zu erhöhen, das bei Aufnahme eines Versicherten in das Krankenhaus für seine Familie zu zahlen ist. Die Notverordnung vom 14. Juni 1932 mindert

alle Unfallrenten,

auch die Renten für Unfälle der Gegenwart und Zukunft. Die neue Verordnung der Reichsregierung schreibt vor, daß die Renten für Unfälle, die sich nach dem 31. Dezember 1931 ereignen, nicht mehr gekürzt werden. Die Renten richten sich bei diesen Unfällen wieder lediglich nach dem Jahresarbeitsverdienst.

Ferner sieht die neue Verordnung Milderungen hinsichtlich der Kriegsopferrenten vor.

Nach der Notverordnung vom 8. Dez. 1931 bleiben von den auf die Sozialrenten anzurechnenden Versorgungsbezügen 25 Mark im Monat von der Anrechnung frei, soweit es sich um Renten handelt, die vor dem 1. Januar 1932 festgestellt sind.

Schon die Notverordnung vom 14. Juni 1932 hatte in Aussicht genommen, daß in der Rentenversicherung für die Selbstverwaltung die Möglichkeit geschaffen werden sollte, die gesetzlichen Regelleistungen durch Mehrleistungen zu ergänzen. Zur Ausführung dieser Vorschriften trifft die neue Verordnung die nötigen Bestimmungen.

Danach wird die widerrufliche Gewährung von Mehrleistungen durch die Selbstverwaltung allgemein zugelassen. Ueber die Mehrleistungen bestimmt die Satzung. Sie bedarf aber der Zustimmung der Aufsichtsbehörde. Es wird auf Grund der neuen Vorschriften namentlich der Angestelltenversicherung die Erfüllung ihres Wunsches ermöglicht, die Gewährung von Waisenrenten und Kinderzuschüssen über das 15. Lebensjahr hinaus fortzusetzen. Die Einführung von Mehrleistungen ist unzulässig, wenn sie die Deckung der Regelleistungen gefährdet. Die Invalidenversicherung wird daher leider an die Einführung von Mehrleistungen zur Zeit noch nicht denken können. Auch hier kann sich aber die Lage ändern, wenn die finanziellen Unterlagen der Invalidenversicherung in Ordnung gebracht sind.

Luther-Rede in Hamburg

Ruhe und Rechtssicherheit Voraussetzungen des Wiederaufbaues. — Ablehnung einer allgemeinen Autarkie.

— Hamburg, 21. Oktober.

Reichsbankpräsident Dr. Luther hielt im Ueberseeklub Hamburg eine Rede über aktuelle Wirtschaftsprobleme. Er ging in seiner Ansprache von dem Wirtschaftsprogramm der Regierung aus und erklärte, was vor einem halben Jahr und auch vor Lausanne ein schwerer Fehler gewesen wäre, sei heute Gebot der Stunde. Es komme jetzt nicht darauf an, Neues zu erfinden, sondern alle Tatkraft darauf zu verwenden, daß nun auch schnellstens ausgeführt werde, wozu durch Beschlüsse der Reichsregierung und Reichsbank die Grundlagen geschaffen seien.

Außer der Festigkeit in der Durchführung des beschlossenen Programms brauche das Wirtschaftsleben zu seiner Erholung Ruhe und abermals Ruhe; dazu gehöre aber, daß auch das Gefühl gewährter Rechtssicherheit wieder anwachse. In diesem Zusammenhange ging der Redner auf die Frage der Zinssenkung ein und betonte, daß der niedrige Zinsfuß der Festigung der deutschen Wirtschaft nötig sei, in dieser Richtung nur wirksam würde, wenn die Zinssenkung auf dem natürlichen Wege steigender Geldangebote im Geld- und Kapitalmarkt komme. Zur Wiedererzeugung von Vertrauen müßten aber auch alle Kräfte darauf gerichtet werden, die natürlichen Gesetze des Wirtschaftslebens wieder zu freier Geltung zu bringen.

Reichsbank ist unabhängig.

Dr. Luther wandte sich weiter gegen die Behauptung, daß die Reichsbank unter ausländischem Einfluß stehe und ein Instrument der Nationalwirtschaft sei. „Wie das ganze deutsche Volk wissen sollte," so erklärte er dazu, „gibt es einen ausländischen Einfluß in der Reichsbank seit dem Frühjahr 1930 nicht mehr. Die für die Regierung bestehende internationale Verpflichtung, die wesentlichsten Vorschriften des Bankgesetzes nicht abzuändern, wird mit der Ratifikation des Lausanner Abkommens fortfallen. Indem ich dies erwähne, unterlasse ich nicht, auszusprechen, daß nach meiner Ueberzeugung, je schwerer und ernster die Zeiten, um so notwendiger die Unabhängigkeit der Notenbank ist. Das ist eine Frage des Grundsätzlichen, da niemand weiß, welche Gefahren zu irgendeinem Zeitpunkt der Notenbank und damit der Währung von einer kommenden Regierung oder einem Reichstage drohen können."

Exportrückgang bedeutet Arbeitslosigkeit.

Der Gedanke einer allgemeinen und möglichst lückenlosen Autarkie sei, fuhr Dr. Luther fort, heute so gut wie aufgegeben. Als man sich des Begriffes „Autarkie" zu bedienen begann, habe man an etwas anderes als an die für Deutschland selbstverständliche Pflege des Binnenmarktes gedacht. Die Reichsbank habe sich der Pflege des landwirtschaftlichen Kredites in besonders starkem Maße angenommen. Zu den Kontingentierungsfragen übergehend sagte Dr. Luther, daß die Gesamtlage, in der die jetzigen Erörterungen dieser Materie entstanden seien, nicht etwa durch Deutschland, sondern durch die handelspolitischen Maßnahmen des Auslandes hervorgerufen worden sei. Die deutschen industriellen Anlagen seien größtenteils auf die Produktion von Ausfuhrartikeln eingerichtet, die der Binnenmarkt nicht oder keinesfalls in der gleichen Menge gebrauchen könne. Eine Umstellung der Industrie auf die Bedürfnisse des Binnenmarktes würde infolgedessen eine Krise hervorrufen, nach der Deutschland jetzt kein Verlangen haben sollte. Für die praktisch übersehbare Zukunft müsse damit gerechnet werden, daß weiteres Absinken der Ausfuhr neue Erwerbslosigkeit und neue Entwertung deutschen Volksvermögens bedeute. Der Markt für ausländische und für inländische Erzeugnisse hänge so innig zusammen, daß man nicht einen Teil zerstören könne, ohne den anderen mitzuzerstören.

Der Redner ging dann auf die Frage eines staatlich geleiteten Außenhandelsmonopols ein. Der Export von Rohstoffländern könne wohl durch ein derartiges Institut bewältigt werden, aber nicht der Export vielgestaltiger Qualitätsware, der nur durch die vielmaschige Feinarbeit privatgeschäftlichen Lebens aufrechterhalten und vermehrt werden könne. Die Frage, ob es überhaupt möglich sei, von der Privatwirtschaft loszukommen, beantwortete der Redner dahingehend, daß das höchstens für eine Gesamtplanung theoretisch vorstellbar sei, wie sie das russische System unternehme.

Dr. Luther wandte sich dann gegen den Vorwurf, daß Deutschland in der Nachkriegszeit zu viel Auslandsmitteln für den Aufwand an öffentlichen Gebäuden oder dergleichen verwandt habe. Obwohl an diesem Vorwurf so manches richtig sei, wäre doch die Krise in keiner Weise geringer, wenn die entsprechenden Beträge für wirtschaftliche Anlagen verwendet worden wären, denn es sei deutlich geworden, daß auf der ganzen Welt an Produktionsmitteln eine Ueberkapazität vorhanden sei, und daß deshalb die Gefahr nicht durch eine noch stärkere Vermehrung der Produktivkräfte Deutschlands hätte gebannt werden können.

Von Stillhalteabkommen und Devisenordnungen möchte Deutschland, betonte Dr. Luther, so bald als möglich freikommen. Der Wunsch nach Konsolidierung der kurzfristigen Kredite sei von deutscher Seite stets ausgesprochen worden. Ein Wiederaufbau der Weltwirtschaft sei schwerlich denkbar, wenn sich nicht im Laufe der fortschreitenden Verflüssigung der Geldmärkte Möglichkeiten eröffneten, um die zu hohen Lasten, die auf die schuldnerischen Volkswirtschaften drückten, zu ermäßigen. Neben der Erleichterung des freien Warenverkehrs liege hier die größte Aufgabe für die Weltwirtschaftskonferenz.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen ging der Reichsbankpräsident auf die Anhäufungen von Gold und auf die eingeforderten Forderungen in wenigen aber bedeutungsvollen Gläubigerländern ein. Dieses „Kernproblem der Weltwirtschaft" könne nur durch befreiten Welthandel gelöst werden, der allein imstande sei, eine der inneren wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Länder entsprechende Streuung des Goldes über die Erde wieder herbeizuführen.

Schließlich ging Dr. Luther noch des näheren auf Probleme der Kreditwirtschaft ein. Er betonte unter anderem, daß es keinen anderen objektiven Maßstab für die Kreditzuteilung im großen gebe, als die privatgeschäftliche Prüfung der Rentabilität. Wohl aber sei es Aufgabe des Reiches und der Reichsbank, dafür zu sorgen, daß unter Beachtung aller Sicherheitsansprüche der Einleger die Bankenarbeit nicht in übertriebener Liquiditätsängstlichkeit verharre, sondern innerhalb des großen Aufbauprogramms der Reichsregierung positiv mitschwinge.

Krisenfestigkeit durch Reichsreform.

Zum Schluß seines Vortrages kam der Redner auf die Frage der Reichsreform kurz zu sprechen. Reichsreform so erklärte er, bedeute, daß die Selbstverwaltung des Volkes einen Staatsaufbau vorsinde, der nicht nur die freie Entfaltungsmöglichkeit, sondern auch staatspolitische Hemmungen für ein Uebermaß der Parteibestrebungen vorsehe. Wenn ein innerlich erstarktes Reich die Zwiespältigkeit mit Preußen überwunden habe, dann werde gerade auf dieser Grundlage am besten das freie Eigenleben der Länder sich neu entfalten. „So wird", schloß Dr. Luther, „die durchgeführte Reichsreform Deutschland nicht nur krisenfester machen, sondern auch dazu mithelfen, daß das deutsche Volk in seine Gesamtheit Brot und Freiheit hat."

Klepper-Ausschuß

Die Angelegenheit der „Kölnischen Volkszeitung".

Berlin, 20. Oktober.

Im Klepper-Ausschuß wurde zunächst als Zeuge in der Angelegenheit der „Kölnischen Volkszeitung" Generalkonsul Kaus, der Verlagsdirektor der „Kölnischen Volkszeitung" und ehemalige Geschäftsführer der früheren Görres-Haus G. m. b. H., vernommen.

Kanzler-Aussage im Ausschuß

Nach weiterem Verlauf der Erörterungen vernahm der Klepper-Ausschuß noch den Reichskanzler von Papen. Auf die Frage, ob ihm bekannt gewesen sei, daß im Jahre 930 Aktien der „Germania" aufgekauft wurden, um zu verhindern, daß er die Mehrheit erlange, sagte der Kanzler, er habe wohl von derartigen Gerüchten gehört. Gewißheit doch nicht erlangen können. Erst bei der Nachprüfung in der Preußenkasse sei dann festgestellt worden, daß Mittel für den Ankauf von „Germania"-Aktien verwendet worden seien. Das fragliche Paket sei früher im Besitz Dr. Spiekers gewesen.

Auf die Frage eines kommunistischen Abgeordneten, ob auch die neue Reichsregierung die Praxis der Beteiligung des Staates an Zeitungen fortsetze, erwiderte der Kanzler:

Außer den im Reichshaushalt ausdrücklich für solche Zwecke zur Verfügung stehenden Mitteln sind seitens der Reichsregierung, seitdem ich an der Spitze der Reichsregierung stehe, für Zwecke der Pressebeeinflussung in irgendeiner Form keinerlei Mittel aufgewandt worden. Was die [illegible] **des Reichswehr-** [illegible] **" betrifft, so ist** [illegible] **ich bezweifle, daß** [illegible] **erium hier ver-**

[illegible] **chskanzler dann** [illegible] **zwei Fonds, aus** [illegible] **könnten, nämlich** [illegible] **der gegenwärtig** [illegible] **r Presseabteilung**

[illegible] **Dr. Blank, be-** [illegible] **und fügte hinzu,** [illegible] **en seines Wissens** [illegible] **der Beeinflussung** [illegible] **as auch nicht be-**

[illegible] **n, 21. Oktober.**

[illegible] **Ausschusses wurde** [illegible] **ent der Preußen-** [illegible] **Fragen des Vor-** [illegible] **n während seiner** [illegible] **herangetreten sei,** [illegible] **ung von Zeitun-** [illegible] **rage erklärte der** [illegible] **bern an die „Köl-** [illegible] **en der gesetzlichen** [illegible] **der Ansicht, daß** [illegible] **Anweisungen der** [illegible] **er habe als Prä-** [illegible] **bezogen, seit An-** fang 1929 außerdem noch eine zusätzliche Vergütung von 25 000 RM pro Jahr, diese als Vorsitzender des Aufsichtsrats der Deutschen Genossenschafts-Revisions- und Treuhandgesellschaft. Dann sei ein Abzug von 20 v. H. gemacht worden. Weiter erklärte Dr. Helfferich, die Arbeiterbank sei nur auftragsweise für die Preußenkasse tätig gewesen, die Preußenkasse habe das Obligo behalten.

Keine Zeitungssubventionen

Zu den Aeußerungen im Klepper-Ausschuß über angebliche Subventionen des Reichswehrministeriums an Zeitungen, die bereits von der „Berliner Börsen-Zeitung" zurückgewiesen worden sind, erklärt das Reichswehrministerium,

daß aus Mitteln dieses Ministeriums keinerlei Unterstützungen gezahlt worden sind bzw. gezahlt werden, auch nicht an die „Tägliche Rundschau" und die „Berliner Börsen-Zeitung".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219321022-11/fragment/page=0005